

ans Wiesbaden.
jugendtags: Pfar-
Ob mein Seel den
be den Herren.
us.
ermann. Die Kirche
Gannesbrief).
re.
Biebensell.
enzell.
d Feinach.
r; Sonntag 7-8
neinde.
2. Parsch; 11 Uhr:
neider.
Bebestunde.
edigt: Schneider;
Bebestunde.
Predigt: Fritz;
Bebestunde.
**DER
RUEDEL**
tags 1/4-6 Uhr
edergruppe
Person 30 Pfg.
schließend
t. Kurverwaltung
det
„Röble“
u höchlichst einlade!
die Kapelle
der Besitzer.
Frankfurt
mit Omnibus.
ngen erwünscht.
Telefon 206.
amstag vormittag
Uhr ab gibt es au
Freibank schönes
ndfleisch
Bund zu **55**
Dettinger
ältere, 36 Wochen
h
ktion Weinmann,
Spezhardt
1 von diesen 8
nach. Hünerauge
weggebracht.
traugen-Lebewohl
(8 Pfaster) 68 Pf.
theken und Drogerien.
zu haben: Ritter
E. Bernsdorff, in:
Liebenzell: Drog.
Himpeich.

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsland
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Völkerbundsanleihe gegen Anschließungsverzicht

Oesterreich übernimmt die geforderten politischen Bindungen — Deutschland enthält sich im Rat der Stimme

Genf, 16. Juli. Der Völkerbundsrat nahm gestern das Protokoll über die Anleihe an Oesterreich, das von dem Ausschuss finanzieller Regierungssachverständiger der Lausanner Konferenz ausgearbeitet worden ist, einstimmig mit Stimmenthaltung Deutschlands an.

Das Protokoll enthält eine Präambel, die auf dem während der deutsch-österreichischen Zollunionsverhandlungen so viel erörterten Protokoll von 1922 aufgebaut ist. Es übernimmt damit das in diesem Protokoll endgültige, politische und finanzielle Anschließungsverbot für Oesterreich. In der Präambel heißt es, daß die österreichische Regierung sich mit einem Hilsegesuch an den Völkerbund gewandt habe, um das Werk der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung Oesterreichs im Verfolg der Entschließung des Völkerbundsrates vom 4. Oktober 1922 und dreier Protokolle vom gleichen Tag durchführen zu können.

Der Vertreter Deutschlands, Gesandter Goppert, wies in seiner Erklärung darauf hin, die Reichsregierung könne nicht an der Hilfsaktion für einen Staat teilnehmen, wenn die Aktion an politische Bindungen irgendwelcher Art gebunden sei. Um jedoch die Anleihe nicht zu verhindern, müsse sich Deutschland bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Die deutsche Regierung hoffe ihrerseits durch eine unabhängige finanzielle Transaktion an der finanziellen Sanierung Oesterreichs teilzunehmen.

Der Völkerbund ernannt einen Finanzberater bei der österreichischen Regierung sowie auch einen Finanzberater bei der Nationalbank. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, das Reformprogramm in Übereinstimmung mit den Vertretern des Völkerbundes auszuarbeiten. Der Vertreter des Völkerbundes hat alle drei Monate einen Bericht an den Völkerbund zu erstatten.

In der Ansprache dankte der österreichische Vertreter, von Klügel, in überschwenglichen Worten für die Bewilligung der Anleihe, ohne hierbei mit einem Wort Deutschland zu erwähnen. Er betonte, daß die Anleihe dank der Weisheit, der Fürsorge und der Voraussicht gewisser Männer möglich geworden sei. Die Anleihe eröffne der österreichischen Politik neue Wege zu einer Annäherung der Völker. Der Präsident des Sachverständigenausschusses, der das Protokoll ausgearbeitet hatte, der Schweizer Bundesrat Mussy, gab sodann die bemerkenswerte Erklärung ab, daß der Ausschuss sich über den heiklen Charakter der Erwähnung des Protokolls von 1922 vollständig im klaren gewesen sei, und deshalb in der Präambel das Genfer Protokoll in der Weise erwähnt habe, daß die Behandlung dieses Protokolls keineswegs gleichbedeutend mit einer neuen Annahme des Genfer Protokolls von 1922 sei.

Das Protokoll für die neue finanzielle Hilfe für Oesterreich enthält folgende Bestimmungen: Die das Protokoll unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, der österreichischen Regierung bei der Aufnahme einer internationalen Anleihe bis zur Höhe von 300 Mill. Schilling zu helfen, indem sie diese Anleihe entweder garantieren oder die notwendigen Beträge der österreichischen Regierung zur Verfügung stellen. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Bedingungen werden von dem Ausschuss der Garantestaaten festgesetzt. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, die notwendigen Maßnahmen für die Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts zu ergreifen und ein Programm für die Reform des Haushaltes und der Finanzen durchzuführen. Die österreichische Regierung wird ihre Währungspolitik auf eine Befestigung der gegenwärtigen Spannung zwischen dem in- und ausländischen Wert des Schillingsturses berichten und hierdurch eine fortschreitende Befestigung der Gemischnisse des internationalen Handels anstreben.

Die Ausnahme in Oesterreich.

Im Finanz- und Haushaltsausschuss des österreichischen Nationalrates wurde die Haltung des deutschen Regierungsvertreters in Genf von sozialdemokratischer Seite eine zweideutige genannt und scharf kritisiert. Der Abg. Bauer sagte, die Herren, die in Deutschland jetzt regieren, seien Vertreter derselben Klassen, die sich seit 1848 für Oesterreich nie interessiert hätten und einen Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland immer nur sozusagen für eine Verlängerung ihrer baprischen Front gehalten hätten, die ihnen selbst Schwierigkeiten bereite. Die Sozialdemokratie könne den Genfer Abmachungen in keiner Weise zustimmen.

Die „Germania“ hebt hervor, für 100 Millionen Silberlinge habe Oesterreich seine Freiheit als Nation und die Möglichkeit des deutschen Anschlusses auf 20 weitere Jahre verkauft und Deutschland schweige dazu. Diese deutsche Zukunftfrage hätte nach Laufanne gehört, denn sie sei von Frankreich aufgeworfen worden, um an dem schwachen Oesterreich eine politische Erpressung zu verüben, die auch Deutschland mit ganzer Schwere treffe. Hier sei der Punkt gewesen, wo Deutschland unnachgiebig hätte bleiben müssen.

Keine Auslandsgarantie für deutsche Schuldverschreibungen

U. Berlin, 16. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Um andrücklich sicher zu stellen, daß die Unterbringung der Schuldverschreibungen des Lausanner Abkommens nicht durch Garantien fremder Länder oder auf ähnliche Weise ermöglicht oder erleichtert wird, ist am 8. Juli in Lausanne von dem Sachverständigen der 6 einladenden Mächte protokollarisch festgelegt worden, daß jede Ausgabe deutscher Regierungsschuldverschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des deutschen Kreditrisiko erfolgen muß.

Die Abrüstungskonferenz

Scharfer Vorstoß Amerikas geplant.

U. Washington, 16. Juli. Wie verlautet, wird die amerikanische Abordnung in Genf als Präzedenz für die englisch-französische Entente (wenigstens hinsichtlich der Abrüstung) eine viel schärfer gehaltene Abschlussschließung unterbreiten, als sie vom englisch-französischen Block vorgesehen ist. Ueber den Inhalt wird bisher Stillschweigen bewahrt.

Besprechungen in Paris.

Der deutsche Botschafter von Hoefel hatte am Freitag eine einstündige Unterredung mit Herriot. Obgleich keine amtliche Mitteilung über die amtliche Unterredung herausgegeben wurde, geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß der Entschuldigungsantrag besprochen worden ist, der in der nächsten Woche auf der Abrüstungskonferenz angenommen werden soll. Wahrscheinlich sind im Laufe der Unterredung auch die politischen Forderungen gestreift worden, die die deutsche Regierung in Genf erneut vorzubringen beabsichtigt.

Der polnische Außenminister Baleski traf gestern in Paris ein und wurde von Herriot empfangen. Baleski wird ebenso wie Herriot und der Kriegsminister Paul Boncour am Sonntag abend nach Genf reisen.

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz

U. Genf, 16. Juli. Der Völkerbundsrat trat am Freitag nachmittag unter dem Vorsitz des Vertreters von Guatemala, Matos, zu einer Sitzung zusammen, um die notwendigen Beschlüsse zur Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz zu fassen und die Protokolle über die Anleihe für Oesterreich zu genehmigen. Der englische Außenminister Sir John Simon gab zunächst eine Erklärung zu dem am Mittwoch veröffentlichten englisch-französischen Abkommen, in der er seine gestern vor der Presse gemachten Ausführungen im wesentlichen wiederholte. Die Einladung zum Vertragspaar beziehe sich auf alle europäischen Mächte. Der Vertreter Frankreichs, Massigi, schloß sich vorbehaltlos den Ausführungen des englischen Außenministers an.

Der englische Außenminister legte sodann dem Völkerbund einen Plan für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz vor und beantragte die Bildung eines engeren Ratsausschusses, zu dem weitere europäische Mächte hinzugezogen werden könnten und der über Ort und Zeitpunkt der Konferenz entscheiden soll. Die materielle Vorbereitung der Konferenz soll in die Hände eines vorbereiteten Ausschusses gelegt werden, der aus einem Finanz- und Wirtschaftsausschuss besteht. Der Vertreter Deutschlands unterstützte den englischen Plan für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz und forderte schnelle praktische Durchführung der Arbeiten. Der italienische Vertreter Scialoja beantragte die Einzigsetzung der internationalen Handelskammer und des internationalen Landwirtschaftsinstituts zu der Weltwirtschaftskonferenz.

Der Völkerbundsrat beschloß darauf, dem Wunsch der Lausanner Konferenz auf Einberufung einer Weltwirtschafts- und Währungskonferenz durch den Völkerbund zuzustimmen. Die praktische Vorbereitung der Konferenz wurde einem Organisationsausschuss überlassen, der sich aus Mitgliedern des Völkerbundsrates zusammensetzt und dem auch Deutschland angehört.

Tages-Spiegel

Der Völkerbundsrat hat Oesterreich eine Anleihe von 300 Millionen Schilling gewährt. Dafür verzichtet Oesterreich für 20 Jahre auf den Anschlag an Deutschland.

Der Völkerbundsrat hat einen Organisationsausschuss mit der Vorarbeit für die Einberufung der Weltwirtschafts- und Währungskonferenz beauftragt.

Im Reichsinnenministerium fand gestern eine Referentenbesprechung mit Vertretern der süddeutschen Länder über die geplante Neuordnung im Rundfunkwesen statt.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat auf einen Antrag aus Hessen hin grundsätzlich entschieden, daß aus einem geschäftsführenden Kabinett ein einzelner Minister vom Landtag nicht abberufen werden kann.

Die amerikanische Regierung hat ihre Vermittlung im Konflikt zwischen Argentinien und Uruguay angeboten. Die argentinische Regierung hat den Truppen bereits befohlen, sich in Bereitschaft zu halten.

Die Außenhandelsbilanz für den Monat Juni zeigt einen Ausfuhrüberschuß von 79 Millionen Reichsmark.

Aus dem Wahlkampf

U. Tilsit, 16. Juli. Hitler begann seine große Propagandareise durch Deutschland gestern im äußersten Nordosten des Reiches, in Tilsit und Gumbinnen. Er führte u. a. aus, er freue sich, in allen Teilen Deutschlands das Bild der Erhebung des deutschen Volkes zu sehen. Nicht um Mandate und Koalitionen ginge der Wahlkampf, sondern um Sein oder Nichtsein der Nation. Zum hundertstenmal sei erklärt worden, der Höhepunkt der Entwicklung der NSDAP sei erreicht. Die Entwicklung werde aber erst ihr Ende finden, wenn sie aufhöre eine Partei zu sein, weil sie dann die deutsche Nation geworden sei.

In einer Wahlkundgebung der DNVP in Detmold sprach Geheimrat Eugen Berg. Er hob hervor, die nationale Front müsse jetzt die Größe der bevorstehenden Aufgaben erkennen, damit das Ziel nicht verfehlt würde. Wer sich zur Macht berufen fühle, der müsse auch beweisen, daß er das sittliche Recht zur Macht habe und daß es ihm dabei nicht in erster Linie auf die Partei ankomme, sondern auf den alles beherrschenden Gesichtspunkt des Volkes.

In einer Zentrumsversammlung in Köln verwies der preussische Wohlfahrtsminister Hirtjeser darauf, daß Preußen ernste Vorstellungen bei der Reichsregierung gegen die Aufhebung des Uniformverbots erhoben habe. Wenn die Reichsregierung trotzdem geglaubt habe, diesen dringenden Vorstellungen der Länder gegenüber die Aufhebung der Verbote durchzuführen, dann müsse das Reich auch für die Folgen die Verantwortung tragen.

Protest des Zentrums beim Reichspräsidenten

U. Berlin, 16. Juli. Die Zentrumsparlei hat in einem Telegramm an den Reichspräsidenten Protest gegen den „Angriff“ erhoben, der in seiner Nummer vom 14. Juli aus Anlaß der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses eines SA-Mannes durch einen katholischen Geistlichen in Bernau bei Berlin, die katholische Kirche und die Zentrumsparlei angegriffen habe. In einem Schreiben an den Reichsinnenminister wird außerdem scharfe Verwahrung gegen die Ausartung des politischen Kampfes eingelegt und die Forderungen, die in dem Telegramm an den Reichspräsidenten enthalten sind, wiederholt. In dem Telegramm wird u. a. festgestellt, daß die Zentrumsparlei in jahrzehntelanger treuer Aufbahrung Staat und Volk in aufopfernder Weise gedient hat. Es heißt dann: In der Beleidigung der Zentrumsparlei erblicken wir eine Beleidigung auch Ihrer Person, da Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, mit den Stimmen der Zentrumsparlei gewählt sind. Sie fordert, daß diesen ehrlosen und verrohenen Auswüchsen und Methoden des Wahlkampfes ein Ende bereitet wird.

Gregor Strasser an Löbe.

Wie die NSR. berichtet, hat Gregor Strasser als Vorsitzender des Ueberwachungs Ausschusses des Reichstages an den Reichspräsidenten Löbe ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er der einzige zur Einberufung Berechtigte sei. Der Präsident habe durch die Beauftragung des Abgeordneten Heimann zum zweitenmal in den letzten Wochen seiner Amtsführung als Präsident in unerhörter Weise die Geschäftsordnung und damit die Verfassung verletzt.

Der Weg nach Lausanne

Von Otto Seltsmann - Ulm.

II.

Nach der Einstellung des Ruhrkampfes beantragte die deutsche Regierung bei der Reparationskommission die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Untersuchung des deutschen Haushalts und der deutschen Verhältnisse. Im Zusammenhang damit wurde dann im Jahre 1924 das sog. Dawesabkommen abgeschlossen, das zwar die unfinnigen Tributleistungen nicht beseitigte, das aber wenigstens gewisse Sicherheiten schuf, daß durch die Tributleistungen die deutsche Währung nicht noch mehr gefährdet würde. Als Pfand der Alliierten wurde die Deutsche Reichsbahn bis zu gewissem Grade zur Verfügung gestellt, ebenso wurde die Reichsbank einer Kontrolle unterstellt. Die deutsche Regierung nahm den Dawesplan nur deshalb an, weil dadurch endlich die Gefahren der sog. „Sanktionen“ beseitigt wurden, weil die Zahlungsverpflichtungen in erster Linie auf eine wirtschaftliche Basis gestellt worden waren und weil Herriot in der Besatzungsfrage Zugeständnisse gemacht hatte, die dann ja auch von Frankreich eingehalten worden sind. Da die Bedingungen des Dawesplans eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage angenommen werden. Die Annahme wurde deshalb nur dadurch ermöglicht, daß die Hälfte der Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei für das Abkommen stimmte, und zwar deshalb, weil, wie der württembergische Abgeordnete Dr. Vazille später erklärte, die Folgen einer Ablehnung nicht hätten verantwortet werden können. Es war eben seit dem Zusammenbruch Deutschlands so, daß der Krieg von unseren Gegnern weitergeführt wurde, nur mit andern Mitteln. Durch die ungeheuerlichen Zahlungsansprüche wollte man erreichen, daß Deutschland sich wirtschaftlich nicht so rasch erholt.

Da wir infolge der Inflation und der Ausbeutung durch unsere Gegner nicht genügend eigenes Betriebskapital mehr hatten, um unsere Volkswirtschaft wieder in Gang zu setzen, wurden Auslandsanleihen aufgenommen, die in den nächsten Jahren eine gute Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens ermöglichten. Ueberhaupt fällt in die Zeit von 1925 bis 1927 eine allgemeine weltwirtschaftliche Blüte, die aus dem Warenmangel aus der Kriegs- und Nachkriegszeit zu erklären ist. Aber schon 1928 zeigten die ersten Zeichen der Abwendung dieser Hochkonjunktur ein. Daß Deutschland von dem Stillstand und Rückgang der weltwirtschaftlichen Prosperität besonders scharf erfaßt wurde, ist begreiflich, da unsere finanziellen Grundlagen von allen großen Industriestaaten die geringsten waren. Wir hatten erstens gewaltige Tribute zu leisten und zweitens an einer ebenso schwer lastenden privaten Verschuldung an das Ausland zu tragen.

Es war deshalb selbstverständlich, daß im Hinblick auf die dauernde Verschlechterung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage die deutsche Regierung erneut an die Ententemächte herantrat, um eine weitere Herabsetzung der Tributlasten zu erreichen. So kam im Jahre 1929 der Youngplan zustande, der gegenüber dem Dawesplan einen Fortschritt insoweit bedeutete, als diesmal eine „Endsumme“ festgesetzt wurde. Danach sollte Deutschland noch 35 Milliarden bezahlen bei Jahresleistungen von 2 Milliarden. Die Herabsetzung der Jahresleistungen im Youngplan kam aber im deutschen Haushalt gar nicht mehr zur Geltung, weil infolge der dauernd steigenden Arbeitslosenquoten das Reich gewaltige Summen zur Unterstützung der Arbeitslosenversicherung aufwenden mußte. Die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise traf begreiflicherweise das finanziell schwache Deutschland ganz besonders, und so saßen wir uns, was übrigens von deutscher Seite vorausgesagt worden war, recht bald gezwungen, die Einstellung der Youngplanzahlungen zu beantragen. Nachdem auch das Hooverjahr keine Erleichterung der weltwirtschaftlichen Lage ermöglicht hatte, mußten die Gläubigermächte sich endlich zu einer grundsätzlichen Behandlung der Tributfrage verstehen. Die Atmosphäre für die endliche Bereinigung dieser Frage war im letzten Jahre von der Regierung Brünning sehr gut vorbereitet worden, und die Regierung Papen hatte sich daher nur des technischen Materials und der klaren Argumentationen für die Ablehnung weiterer Zahlungen zu bedienen. Wenn die deutschen Vertreter nun doch nicht eine völlige Streichung der Tribute erreicht haben, so ist zu beachten, daß eben trotz allen englischen Vermittlungswillens die englische Delegation den

politischen Gesichtspunkt — was übrigens vorauszu-sehen war — gegenüber den wirtschaftlichen Erwägungen schließlich hat in den Vordergrund treten lassen. Denn England ist heute angeht die dauernd gespannten internationalen Lage (außer in Europa auch im Orient und in Asien) mehr als je geneigt, sich wieder stärker an den französischen Bundesgenossen anzuschließen.

Wenn nun gleich nach dem Abschluß des Lausanner Abkommens ein Privatabkommen der Gläubigermächte bekannt geworden ist, daß keiner der Gläubigerstaaten das Abkommen ratifizieren wolle, ehe man über die Haltung Amerikas bezüglich der Kriegsschuldenfrage Klarheit habe, so kann man, vom Standpunkte dieser Staaten aus gesehen, den Beschluß begreifen. Vorerst möchten wir bei Beurteilung dieses Schrittes annehmen, daß es sich hier in erster Linie um eine taktische Maßnahme gegenüber Amerika handele, und drüber über dem Ozean sind ja auch tatsächlich diese Verabredungen als Druckmittel gegen Deutschland aufgesetzt worden. Allerdings zeigen sich die Amerikaner zur Zeit recht klagbäurisch, denn keine der Parteien möchte sich vor der Präsidentenwahl und besonders im Hinblick auf die sehr schlechte wirtschaftliche Lage auch im Dollarlande mit Zugeständnissen in bezug auf die Kriegsschuldenfrage belasten.

Auch die neuesten Gerüchte über eine Wiederaufrichtung der Entente cordiale zwischen England und Frankreich brauchen wir nicht so tragisch zu nehmen, denn dieses heraldische Einvernehmen ist seit 1903 immer nur vorübergehend getrübt worden, und wir haben stets darauf hingewiesen, daß in dieser Richtung in absehbarer Zeit keine grundsätzlichen Änderungen zu erwarten sind, wie manche Kreise in Deutschland trotz dauernder Enttäuschungen immer wieder glauben annehmen zu können. Politische Kombinationen dürfen nicht vom Gefühl beherrscht, sondern müssen vom nüchternen Verstande aus beurteilt werden.

Was nun die materielle Seite der Tributfrage angeht, so ist es notwendig, daß wir uns auch nochmals darüber Rechenschaft geben, was Deutschland an sog. Reparationen bisher geleistet hat. Ganz objektive Zahlen werden nie gegeben werden können. Unangefochten sind nur die Leistungen seit Inkrafttreten des Dawesplans bis zum Hooverjahr. Danach hat Deutschland (seit dem 1. September 1924 bis zum 31. Juli 1931) insgesamt 11 Milliarden Goldmark bezahlt, und zwar aus den Verpflichtungen des Dawesplans 8 Milliarden, des Youngplans 3 Milliarden. Vom Ende des Waffenstillstandes bis zum Beginn des Dawesplans rechnet die Reparationskommission eine Leistung von 9,3 Milliarden, was aber bei weitem nicht den tatsächlichen Leistungen entspricht. Das amerikanische Wirtschaftsinstitut der Carnegiegesellschaft hat die deutschen Leistungen vom 11. November 1918 bis 30. September 1922 auf 26 Milliarden geschätzt, der deutsche Volkswirtschaftler Professor Brentano hat vom deutschen Standpunkte aus 56 Milliarden angenommen. Nimmt man aber die amerikanischen Schätzungen als Grundlage, so erhalten wir immerhin als Mindestsumme bis zum 31. Juli 1931 38,4 Milliarden Mark. Hierzu kämen nach dem Lausanner Ergebnis noch eventuell (!) 3 Milliarden, so daß die deutschen Tributleistungen sich auf etwa 42 Milliarden Reichsmark belaufen.

Um den Sinn dieser Tributforderungen unserer Gegner zu kennzeichnen, lassen wir zuletzt noch eine neutrale Stimme sprechen. Das „Journal de Genève“ schrieb im Januar dieses Jahres, als die Frage der endgültigen Vereinerung der Tributlasten in die Diskussion trat: „Die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Kosten für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete, sind längst bezahlt. Was die Franzosen im Grunde daran hindert, sich mit dem bereits Erhaltenen zu begnügen, das ist die Furcht, daß Deutschland sich allzu schnell erholen und in der Welt wieder einen ersten Platz einnehmen könnte, den es dazu benötigen würde, um die territorialen Bestimmungen der Friedensverträge in Frage zu stellen.“

Und was hier von Frankreich gesagt wird, kann man in gewissem Grade auch von den maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Kreisen in England und Amerika sagen.

diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig schärfsten Protest eingelegt und die Bitte wiederholt, endlich dafür zu sorgen, daß derartige Zwischenfälle unterbleiben. Der Danziger Völkerverbundskommissar ist von diesem Schritt der Danziger Regierung unterrichtet worden.

Internationale Konferenz für soziale Arbeit

Deutschland hat die Grenze der Belastung erreicht. — Frankfurt, 15. Juli. Die Internationale Konferenz für soziale Arbeit beschäftigte sich heute nochmals eingehend mit dem Arbeitslosenproblem. In drei umfangreichen Referaten wurden die Erfahrungen der Vereinigten Staaten, Englands und Deutschlands auf diesem Gebiet vorgetragen.

In der Aussprache machte Professor Polligkeit die Versammlung mit großem Ernst darauf aufmerksam, daß in Deutschland die letzten Grenzen möglicher Belastung sowohl der Erwerbstätigen als auch der Erwerbslosen erreicht sind. Nach der letzten Notverordnung müssen durchschnittlich zwei Arbeitslose mit 42,50 RM. im Monat auskommen. Professor Polligkeit wandte sich insbesondere an die ausländischen Gäste und bat sie, sich eindringlich klar zu machen, was es bedeute, wenn zwei Menschen mit diesen Beträgen (die 10 Dollar oder 2,15 eng. Pfund entsprechen) Nahrung, Kleidung und Miete für einen ganzen Monat bestreiten müssen. In der Tat trifft die Hauptlast der Not die Frau und Mutter, und ihr Verdienst ist es, wenn Zustände der Verwahrlosung noch auf ein überraschend geringes Maß beschränkt bleiben und wenn die Not äußerlich fast nicht sichtbar gemacht wird. Aber auch die Wahrung eines solchen Minimums an Existenzmöglichkeit wird heute schon erkauft mit einer Belastung der noch Erwerbstätigen, die eine fortschreitende Verarmung zur Folge hat. Was sich jetzt in Deutschland vollzieht, ist die Heranholung der letzten Reserven in allen Familien der Arbeitslosen, Reserven, die nicht unbegrenzt sind und die der Erschöpfung entgegengehen. Mit sozialpolitischen Mitteln ist eine Lösung der Arbeitslosenfrage nicht mehr möglich. Nur wirtschaftspolitische Maßnahmen, vor allem internationaler Art, können helfen, und sie wieder sehen eine Lösung der internationalen politischen Probleme voraus. Die Lösung dieser Dinge ist unaufschiebbar; denn die deutschen Hilfsquellen sind alle so bis zum Äußersten ausgeschöpft worden, daß es trügerisch wäre zu glauben, dieser Zustand könne noch lange andauern.

Politische Kurzmeldungen

Wie verlautet, soll der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, Dr. Syrup, zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannt werden. — In einer Wahlkundgebung der NSDAP in Schneidemühl äußerte Gauleiter Rube, das nach der Reichstagswahl geschaffen werde, heiße: Beamte dürfen nicht mehr dem Marxismus angehören. Zwischen SPD. und NSDAP. werde auf legalem Wege eine Auseinandersetzung kommen mit der Folge, daß für die SPD. im dritten Reiche kein Platz mehr sei. Eine Koalitionsregierung werde auch nach den Reichstagswahlen unmöglich sein. — Das Schöffengericht Nürnberg verurteilte 2 Kommunisten, die an einem Ueberfall auf Nationalsozialisten beteiligt waren, zu hohen Buchhausstrafen. — In einem Heimgarten in Ober-Giesing bei München wurde eine kommunistische Geheimdruckerei ausgedeckt. In dieser Druckerei wurden vorzugsweise Zerschlagungschriften für die Reichswehr und die Polizei hergestellt. — Der Wahlkreis Oberbayern-Schwaben der Wirtschaftspartei hat sämtliche Beziehungen zur Berliner Parteileitung endgültig abgebrochen. Der Wahlkreis macht die Berliner Parteileitung für den verhängnisvollen Niedergang der Partei hauptsächlich verantwortlich. — Die österreichischen Bundesbahnen gewähren den in Oesterreich zur Erholung weilenden Reichsdeutschen für die Fahrt zum nächsten deutschen Grenzort zur Ausübung des Wahlrechts zur Reichstagswahl am 31. Juli d. J. eine fünfzigprozentige Fahrpreisermäßigung auf Grund einer von der Abstimmungsbehörde auszustellenden Bescheinigung über die erfolgte Stimmabgabe. — Der Verwaltungsrat der VZJ. beschloß, eine Spezialkommission der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit der Ausarbeitung eines Planes zur monetären Wiederherstellung des internationalen Goldwährungssystems zu beauftragen. An diesem Plan werden sämtliche in der VZJ. vertretenen Zentralbanken mitarbeiten, um eine einheitliche Grundlage für die Behandlung dieses Problems auf der Weltwirtschaftskonferenz zu schaffen. — Der italienische Minister billigte im Beisein Mussolinis die Haltung und Handlungsweise der italienischen Abordnung während der Lausanner Konferenz. In dem vom Außenminister und Finanzminister erstatteten Bericht über den Verlauf der Konferenz heißt es u. a., die Abkommen von Lausanne befreiten Deutschland in wirksamer Weise von der Verpflichtung der Tribute. Die Abmachungen vom 9. Juli seien jedoch nicht endgültig, sondern von der Ratifizierung abhängig. — Die sowjetrussische Abordnung hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz eine Erklärung übermittelt, die die Mindestforderungen der Moskauer Regierung für die vorgesehene Vertagungsentscheidung enthält. Rußland fordert vor allem eine quantitative Herabsetzung aller Rüstungen um 33 1/2 v. H. gegenüber dem ersten Abschnitt der Abrüstung.

Frankreich und die Abrüstungsfrage

Wichtige Besprechungen Herriots mit den französischen Militärs.

II. Paris, 15. Juli. Ministerpräsident Herriot hatte am Donnerstag eine lange Unterredung mit dem Vizepräsidenten des obersten französischen Kriegsrats, General Weygand, und dem Chef des Großen Generalstabes, General Camelin, über den Entschließungsantrag, denn Frankreich auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu unterbreiten gedenkt. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß sich Ministerpräsident Herriot und Kriegsminister Paul Doumer am Sonntag abend nach Genf begeben werden, wo sie am Montag morgen die erste Aussprache mit den englischen Unterhändlern haben werden.

Die Anschlußfrage erledigt

— Paris, 15. Juli. Auf eine Anfrage des radikalsozialen Abgeordneten Berger, eines Führers des linken Flügels der Partei, ob nicht eine Politik des „Schwamm-über-alles“ in Lausanne besser gewesen wäre, erklärte Herriot, Frankreich sei in seiner These der Pauschalsumme für Deutschland von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unterstützt worden.

Ferner teilte der Ministerpräsident mit, daß Oesterreich sich feierlich verpflichtet habe, auf den Anschluß so lange zu verzichten, als es keine Anleihe nicht zurückgezahlt habe, d. h. während 20 Jahre.

Neue polnische Herausforderungen

— Danzig, 15. Juli. Von amtlicher Danziger Stelle wird mitgeteilt: Am Dienstag ist ein neuer Versuch polnischer Bevölkerungskreise, durch Provokation der Danziger Bevölkerung und Danziger Beamten Zwischenfälle zu schaffen, erfolgt. Dank des mustergültigen Verhaltens der Bevölkerung von Pielzel und der Danziger Beamten ist dieser Versuch gescheitert.

An diesem Tage versuchte um 15,15 Uhr der polnische Rad-dampfer „Mars“ am Danziger Weichselufer in der Nähe von Pielzel anzulegen. An Bord des Dampfers befanden sich einige hundert Personen, die bei dem Anblick von Pielzel mehrfach im Chor in polnischer Sprache riefen: „Hoch lebe Polen!“ Die Danziger Beamten gaben dem Schiffsführer durch Zeichen zu verstehen, daß er nicht anlegen solle. Er ließ jedoch den Dampfer an das Ufer an der Danziger Seite treiben und legte dort an. Das Anlandgehen der an Bord befindlichen Personen wurde durch Danziger Beamte verhindert. Die Personen auf dem Dampfer brachen hierauf in wüste Schmähe- und Schimpfsprüche aus und riefen im Chor und einzeln: „Hoch lebe Polen!“ „Mars nach Brandenburg!“ „Nieder mit Deutschland!“ „Wir kommen wieder!“ Dazu wurde mit Säusten und Stößen gedroht. Der Dampfer, der 2 Minuten am Danziger Ufer gelegen hatte, fuhr in Richtung Dirschau davon.

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat gegen ein solches Vorgehen der Polen auf Danziger Gebiet bei der

Kein Geschäft kann zur Blüte gebracht werden, ohne Werbung mittelst der Zeitungs-Anzeige! Durch den Anzeigenteil der Zeitung können Sie bei Ihrer Kundschaft werben!

Saison- Schluß-Verkauf Augen auf!



Noch niemals wurde beste
Damen-Konfektion: Mäntel,
Kleider, Kostüme, Röcke,
Blusen usw., so billig verkauft
wie jetzt im Saison-Schluß-
Verkauf im großen Spezial-
haus für Damen-Konfektion

Krüger & Wolff
Pforzheim

Bezirksobstbauverein Calw.



Am August findet eine
Prämierung
von Obstbaumanlagen

Die Baumgrundstücke müssen gut gepflegt und
mindestens 10 Jahre angelegt sein.
Anmeldungen sind bis 1. August an den Vereins-
vorstand zu richten.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf
Markung Bad Liebenzell belegene, im Grundbuch von
Bad Liebenzell, Heft 251, Abteilung 1 Nr. 1 zur Zeit
der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den
Namen der

**Emilie Pöcher und der Marie Pöcher, beide
ledig in Bad Liebenzell**

eingetragene Grundstück:
Die Hälfte an Geb. Nr. 2 der Kirchstraße, 1 a 36 qm
Wohnhaus mit gewölbtem Keller und
Hofraum — Stockwerkseigentum —
Dazu gehört ganz; Dunglege nordöstlich 7 qm
Gemeinderätliche Schätzung vom 13. Mai
1932: 7 000 RM.

am Samstag, den 23. Juli 1932,
vormittags 10 Uhr,

auf dem Bezirksnotariat Bad Liebenzell versteigert
werden.

Bei Zwangsversteigerungen findet in der Regel nur
ein Termin statt.

Bad Liebenzell, den 16. Juli 1932.

Kommissär: Bez.-Notar Nag.

Evangelischer Jugendtag

Calw, 17. Juli 1932:

9.30 Kirchgang
in der Calwer Stadtkirche.

11.00 Rundgebung
auf dem Marktplatz.

3.00 n. Waldfeier
bei der Ruine Walbeck.

Alles, was jung, was deutsch, was evangelisch
heißen will, ist herzlich willkommen
und reiche sich die Hände.



Beginn 18. Juli vorm. 8 Uhr
sind Sie herzlich eingeladen.

Außergewöhnliche Preisherabsetzungen

Modelle über die Hälfte des Preises, ermöglichen
Ihnen Qualitätswaren aus vergangener Saison
jetzt äußerst billig zu kaufen.

Sommer Mäntel jetzt Mk. 25.— 15.—	10.—	Sommer-Kleider jetzt Mk. 10.— 5.—	2.50
Winter-Mäntel jetzt Mk. 35.— 25.—	15.—	Wollene Kleider jetzt Mk. 15.— 10.—	5.—
Kostüme, Complots jetzt Mk. 25.— 20.—	15.—	Seidene Kleider jetzt Mk. 25.— 15.—	5.—
Kinder-Kleider Kinder-Mäntel jetzt Mk. 5.— 2.50	95 %	Blusen und Röcke jetzt Mk. 7.50 5.—	3.50

C. Berner

Damen- und Kinder-Bekleidung
Ecke Metzger- und Blumenstraße

Pforzheim



BRIKETTS

Verkaufe Bausparvertrag

v. Gemeinschaft der Freunde
Wüstenrot, abgeschlossen 1930,
lautend auf 20 000 M., ein-
bezahlt bis jetzt 1200 M. Die
Vertragssumme kann noch
reduziert werden. Angeb.
unter S. 161 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Schäferlauf Wildberg

am Sonntag, den 24. Juli 1932.

Zum Besuch dieses althistorischen Schäfer-
festes ergeht hiemit höfliche Einladung.

Festordnung:

6—11 Uhr: I. Landespreishüten 1932 des
Landesverbands Württemberg im Verein
für deutsche Schäferhunde

11—12 Uhr: Konzert der Stadtkapelle auf
dem Marktplatz

12 1/2 Uhr: Gottesdienst

1 Uhr: Aufstellung des Festzugs

Auf dem Festplatz: Wettläufe der Schäfer und Schäfer-
mädchen, Volkstümliche Vorführungen.

Nummerierter Sitz auf den Tribünen: RM 1.50 u. RM 1.—
Stehplätze: 80 Pfg. und 50 Pfg.

Karten im Vorverkauf bei der Stadtpflege.

Kauft Guter Brot beim Bäcker!

Dort erhält man es frisch,
bekömmlich und vor allem
hygienisch gelagert.

Autovermietung



Empfehle meinen

**2 1/2-Tonnen-
Lieferwagen**

mit Omnibusaufbau für 35 Personen, sowie für Trans-
porte aller Art bei billigster Berechnung.

Wilh. Bofsch, Landesproduktlenhandlg. u. Autovermietung
Gärtringen Telefon Ehningen 39

Feder Sparer



Ist Helfer aus der Krise, jede gespar-
te Mark fließt der Wirtschaft zu und

Schafft Arbeit!

Sparen auch Sie bei Ihrer
Oberamts Sparkasse
Calw



Johannisbeer-Wein

Ist bei sachgemäßer Zubereitung ein
ganz vorzügliches Getränk. Er kann
als Tischwein und als Dessertwein
bereitet werden. — Zufriedenstel-
lende Resultate sind jedoch nur zu
erzielen bei genauerer Beobachtung
erprobter Rezepte, wie sie beispiels-
weise im Oma-Weinbuch enthalten
sind und unter Zusatz der bewähr-
ten

Nur echt mit diesem



Warenzeichen.

Oma-Reinhefen

erhältlich in Kulturen
für 50, 100, 300, 600 u. 1200 Ltr.
zu 50 Pf. — 2.— 3.— u. 4.— RM.

Kostenlose Beratung!

Oma-Weinbücher umsonst!

Hefe-Reinzucht-Anstalt
Dr. A. Ostermayer, Pforzheim
Verkaufsstelle Ritter-Drogerie
Carl Bernsdorff, Calw.

Lesen Sie Ihr Heimatblatt,
das Calwer Tagblatt!

Großer Sommer-Ausverkauf mit starken Preisermäßigungen

Paul Räuichle G.m.b.H. am Markt Calw

bis 2. August

Branntwein zum Anfezen

empfehlen
Abolf Giebnath
Küferei
Ferner empfehle ich neue
Fäßchen
von 20 Ltr. an
zu Trübleswein.
Obiger kauft
Kirschen zum Brennen.

Schöne
**3-Zimmer-
Wohnung**
hat sofort zu vermieten
Jakob Alber

20% unter Vorkriegspreis

stehen trotz der bis-
herigen allgemein
anerkannten Uberra-
genden Qualität die
Konservengläser
und Sterilisier-
apparate

Weltmarke WECK

Darum Ihr Entschluß:
nur noch WECK

Anerkante
Verkaufsstelle:
Hermann Boisser
Glas u. Porzellan
Calw

Wash-musselin 24
große Auswahl der schönsten Muster Meter jetzt

Wollmusselin 68
schöne neue Muster, auch schwarz/weiß Meter jetzt

Voll-Volle 88
ca. 100 cm breit, elegante Muster, für das Hochsommerkleid, Mtr. jetzt

Washzeфир 26
für Sport-Hemden, -Blusen und -Kleider Meter jetzt

Selenik 88
„Der Modestoff“, für Sport- und Straßenkleider, einfarbig u. bedruckt 1.20, Meter jetzt

Waschkunst-seide bedr. 28
enorme Dessinsauswahl Meter 78, 58,

Crêpe Maroc 195
Kunstseide bedruckt, in den neuast. Dess., in Tupfen-, Diagonal- u. Streublümchenmust., ca. 98 cm brt., 2.95,

Crêpe Oriental 275
„Diadem“, bestes Bembergmaterial, in den duftigsten Blütenmustern, ca. 98 cm breit Meter

Boucle-Noppen 85
aparte Streifen, moderne Pastell-töne, f. d. leichte Sommerkleid, Mtr.

Afghalaine-Noppen 150
reine Wolle, der neuzeitliche Sportstoff, in flotter Ausmusterung und schönen Modefarben Meter

Baumwollwaren

Handtuchstoff 12
mit roter Kante, ca. 35 cm breit Meter jetzt

Maccotuch 28
für feine Leibwäsche oder starkfädiger Cretome Meter jetzt

Schürzenstoff 38
in vielen mod. mehrfarbigen Streifen Meter jetzt

Bettendamast 68
ca. 130 cm breit, gestreift, mit Leinwandgarn Meter jetzt

Seidendamast 118
(sog.) 130 cm br., mod., neue Muster, für eleg. Bettbezüge, Mtr. jetzt

Haustuch 83
ca. 150 cm breit, für starkfädige Betttücher Meter jetzt

Herren-Artikel

Halbsteife Kragen 20
unser besonderer Schlinger Stück

Herren-Kragen 30
4fach Macco, moderne Form Stück

Selbstbinder reine Seide 75
moderne, breite Form Stück

Polohemd 145
mit Kragen u. Binder

Sporthemd 245
a. modernem Sportstoff, mit Kragen, Binder und Seitentasche

Crêpe-Sporthemd 285
in d. neuest. Pastellfarben, das Hemd des Jahres 1932

Damen-Wäsche

Damen-Schlupfhosen 88
aus prima Seiden-Krepp, in allen Farben . Gr. 42-48

Damen-Unterkleider 175
aus besonders schwerem Charmeuse, hüßMotive, kleine Schönheitsfehler

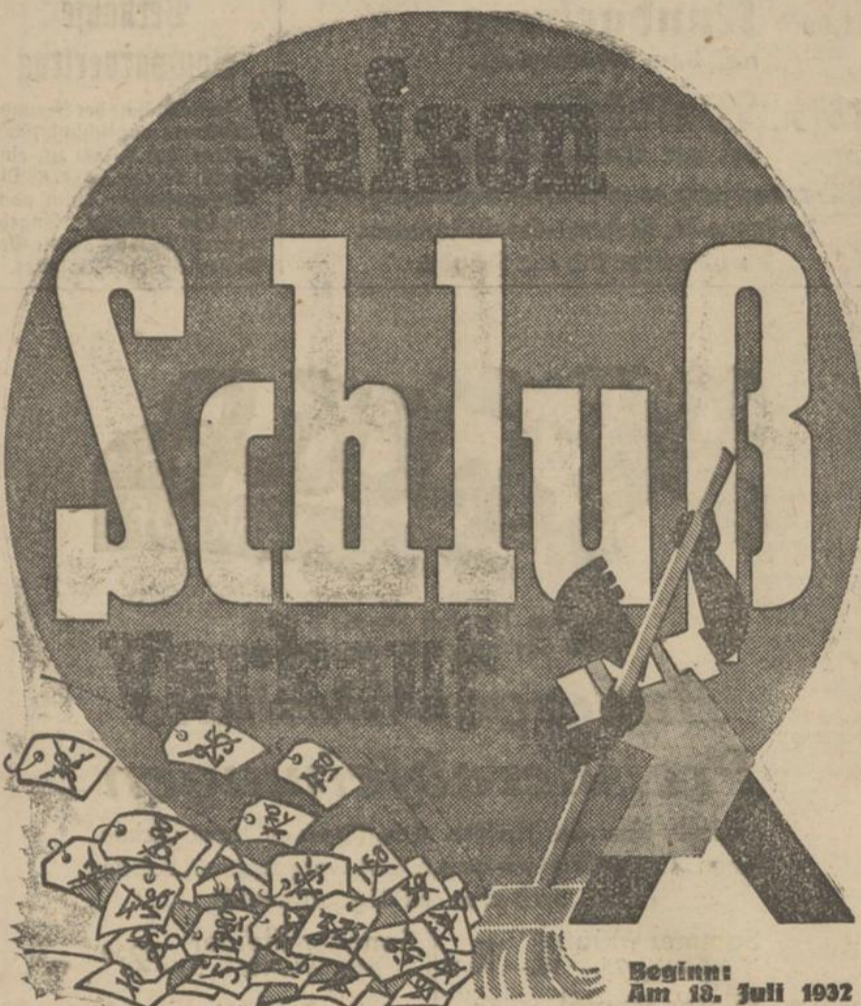
Damen-Schlafanzüge 195
aus farbigem Macco-Batist, mit farbigem Besatz .

Strumpfhaltergürtel 28
aus Jacquard, gefüttert, mit 4 Halt. 65, farb. Dreil

Hüfthalter 95
zum Schnüren, oder Haken, oder Plattschellen, zum Teil aus prima Seiden-Jacquard, solange Vorrat

Corselett 165
aus fest.Drell. = Schnürung und seitlich zum Haken

KNOPE räumt auf!



Auf reguläre Ware **10% Rabatt** ausgenommen Lebensmittel u. Markenartikel

Modekragen
Westen mit u. ohne Kragen, Garnituren Sonderposten, Ser. III 50, Ser. II 25
12
Ser. I

Kissenbezug
an drei Seiten mit Dreizackbogen . . . Stück jetzt
68

Paradekissen
mit 4 seitigen Klöppelein-sätzen u. reicher Fältchen-garnierung . . . Stück jetzt
98

Frottierstoffe
140-170 cm breit, mod. gemustert, für Bademäntel Ser. III 4.75 Ser. II 2.95
1.95
Ser. I

Bade-Anzüge
reine Wolle, farbig seriert
1.95

Bettgarnitur
Kissenbezug m. dazu pass. Oberbettuch, beides reich gest. u. m. Hohls. garn. jetzt
4.60

Dam.-Strümpfe
W.-Kunstseide, feinmasch. weiche Ware, mit unmerklichen Schönheitsfehlern
68

Dam.-Schuhe
z. Teil bis 50% ermäßigt
5.90 4.90
3.90

Dam.-Pullover
in nur modernen Aus-führungen und Farben . . . Ser. III 2.95, Ser. II 1.95
1.25
Ser. I

D.-Schlüpfer
echt ägyptisch Macco, helle Farben, in den Größ. 42-48
48

Trikotagen
für Herren, große Posten in Einsatzhemden, Hosen, maccofarbig, Netzjacken
85

Kind.-Schlüpfer
Baumwolle, mit kunst-seidenen Effekten bis zu 6 Jahren
22

KNOPE PFORZHEIM

Eleg. Seidenkleider Serie I
darunt. Somm.-Kompletts, ohne Rücksicht auf den Wert ermäß. Serie IV III II
25.- 15.- 9.85 **5.80**

Sportkleider 95
in hellen Modefarben, oder Hauskleider aus dunklem Wäschestoff

Washseidenkleider 195
und bunt gemusterte Sportkleider

Frauenkleider 395
aus guten Sommerstoffen, in allen Weiten

Trenchcoat - Mäntel 295
jugendliche Fassons in beige

Damen-Mäntel Serie I
hochwertige moderne Ware Serie IV III II
45.- 35.- 25.- **15.-**

Frauenmäntel 980
extra weit, schwarzweiß, braunweiß ganz gefüttert

Gabardinemäntel 1650
reine Wolle, imprägniert, in allen modernen Farben

D.-Sport-Blusen 68
aus garantiert reinem Macco, in weiß und vielen Modefarben

Damen-Röcke 195
aus guten Strapazierstoffen, in farbig, marine und schwarz

Kinder-Konfektion

Spiel-Anzüge 50
in hübschen Farben, für das Alter von 3 Jahren .

Kinder-Kleider 95
Washseide, in den schönsten Farben, mit weißer Kragengarnitur. Größe 45-55

Kinder-Kleider 195
aus dünnen Sommerstoffen, flotte Machart . . . Größe 60-80

Kinder-Kleider 395
aus kräftigen Washstoffen, hübsche Sportform . . . Größe 60-80

Knaben-Hosen 95
in verschiedenen Farben, mit und ohne Leibchen

Knaben-Roll-oder Einknopfblusen 95
Trikotlett, in den Farben blau u. beige, für das Alter von 7 Jahren . .

Herren-Konfektion

Straßen-Anzug ein- oder zweifellig, jetzt zum Aussuchen . 28.-, 19.50, **12.75**

Sport-Anzug mit langer oder Knickerbockerhose . . . 19.50, **14.50**

Blauer Anzug reine Wolle, reines Kammgarn 28.-, **24.00**

Knickerbocker-Hose in viel. schön. Farben, weite u. lange Form **4.00, 3.90**

Sommer-Hose in grau und beige gestreift **4.00, 3.85**

Sommer-Joppen in Rips, Lüster oder farbigen Washstoffen je nach Qualität **3.90, 4.90, 3.90, 2.50**

Strümpfe

Damen-Strümpfe Kunstseide, plattiert, Strapazier-Qualität, für de-täglichen Bedarf, verstärkte Sohle und Ferse . . . **48**

Damen-Strümpfe z. T. Bemberg-Kunstseide, hervorragende, elastische Qualität und elegante Ausrüstung **95**

Damen-Strümpfe 2fache Washkunstseide, das Beste an Haltbarkeit, in ganz moderner Ausführung **1.45**

Herren-Socken gute Qualitäten mit Kunstseiden-Effekten, moderne Dessins . . nur **45**

Herren-Socken hochwertige Qualitäten, in Mouliné, m. Kunstseide od. Flor mit Kunstseide, extra starken Sohlen, in mod. Dessins **95**

Kinder-Kniestrümpfe Seldengarn, meliert, mit bunt. Elastikrand . Gr. 6-8 **78**

Kinder-Söckchen gute Strapazier-Qual., mit buntem Wollrand Gr. 1 jede weitere Größe 5A mehr. **25**